Сим.
13
lk

Crim.
13 th

Becker

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Monarchie oder Republik

in

Deutschland.

Anklageakt und

Vertheidigungsrede

von

Dr. Herm. Becker

vor dem Geschwornengerichte zu Köln

am

25. October 1850.

Achte rechtmäßige Auflage.

Köln, 1851.

In Commission der Eisen'schen Sortiments- Buch- und Kunsthandlung.

16b
13

Digitized by Google

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

Digitized by Google

Monarchie oder Republik

in

Deutſchland?

Digitized by Google

Digitized by Google

Anklageakt

gegen Dr. Hermann Heinrich Becker, 29 Jahre alt, Verleger der „Westdeutschen Zeitung", zu Köln wohnhaft.

In Nr. 135 der zu Köln unterm 8. Juni dieses Jahres erschienenen „Westdeutschen Zeitung" ist ein Artikel, datirt: „Köln, 7. Juni", enthalten, beginnend mit den Worten: „Sachsen, das sogenannte Königreich" und endigend mit den Worten: „Nieder mit den Königen, es lebe die Republik!", in welchem die Ehrfurcht gegen Seine Majestät den König verletzt und öffentlich zum Umsturz und zur Veränderung der Kgl. Regierung aufgefordert und angereizt wird. — Zunächst unterwirft der Verfasser desselben die zu jener Zeit im Königreiche Sachsen vorgekommenen Ereignisse seiner Kritik, sodann heißt es weiter:

„Daß ein Constitutiönchen beseitigt ist, geht uns wenig an. Wir kennen die Perfidie gottbegnadeter Unterknäse nur zu gut, als daß wir uns über einen solchen Streich

mehr oder weniger im Schandbuche der deutschen Nation wundern sollten. — Die Constitutionellen aber mögen jetzt Nase und Ohren aufsperren, dieselben liberalgemäßigten, wahrhaften Freunde des Vaterlandes, die vor einem Jahre in jeder Weise die Erhebung des Volkes für die Verfassung verriethen, und jetzt zum Danke von denselben Menschen, deren Herrschaft sie retteten, die gottbegnadeten Fußtritte erhalten. Sie mögen jetzt sagen, ob eine Constitution, und wäre sie tausendmal von jenen Menschen, die den Meineid als ein von Gott überkommenes Privilegium vor beschränkten Unterthanen voraus zu haben glauben, beschworen, mehr wie ein Papierwisch ist. — Sie werden es aber nicht sagen, sie werden als ächte, brave, gehorsame und doch sehr liberale Constitutionelle sich wieder zusammentrommeln lassen, um wieder nach dem vormärzlichen Wahlmodus zu wählen. — Die „Deutsche Allg. Ztg." ist schon jetzt bange, das Volk möchte so viel Ehrgefühl haben, um der Constitutionswirthschaft den Rücken zu kehren. — Unnütze Furcht, die feigen Geldsäcke, die willenlosen Bureaugesichter sind sich in der ganzen Welt gleich. — Die wählen zu Allem, wozu sie kommandirt werden. — Die Demokraten aber, das Volk, werden etwas Besseres zu thun wissen. — Auch wenn der augenblickliche Zustand verschlimmert wird, unsere Partei wählt nicht auf solche hochverrätherische Ordonnanzen hin; unsere Partei weiß, daß sie nicht wählen darf, damit die

Digitized by Google

Wunde, die der gottbegnadete Schurke dem Rechtsbewußtsein schlug, offen bleibe und stündlich mahne, daß wir mit unsern Drängern auf keinem Rechtsboden stehen; daß das einzige Organ, durch welches wir mit den Säbelherrschern verkehren, das der Revolution ist, und daß die einzige Antwort, die wir auf alle Octroyirungen zu geben haben, nur der Eine Ruf ist: „„Nieder mit den Königen, es lebe die Republik!““

Die Monarchie und die Träger der monarchischen Gewalt werden in dem Artikel herabgewürdigt; Letztere werden ohne Ausnahme in der Bezeichnung „Unterknäse" als russische Satrapen geschildert und als Dränger des Volkes dargestellt. Es wird ihnen der Vorwurf des Meineides gemacht, und daß dieser Vorwurf auch insbesondere Seiner Majestät dem Könige von Preußen gemacht wird, geht aus der, die Ehrfurcht gegen denselben verletzende, Anspielung auf dessen Rede bei der Eröffnung des ersten vereinigten Landtages unzweifelhaft hervor.

In dem Artikel wird ferner zum Umsturze und zur Veränderung der Kgl. Regierung aufgefordert und angereizt.

„Das einzige Organ, heißt es in demselben, durch welches die demokratische Partei mit den Säbelherrschern verkehre, ist das der Revolution, und die einzige Antwort, die sie auf alle Octroyirungen zu geben habe, nur der Eine Ruf: „„Nieder mit den Königen, es lebe die Republik!““

Einen Erfolg hat diese Aufforderung und An-

Digitized by Google

reizung zum Umsturze und zur Veränderung der Königlichen Gewalt nicht gehabt.

Demnach wird Dr. Hermann Heinrich Becker angeklagt:

Durch den in Nr. 135 der „Westdeutschen Zeitung" vom 8. Juni dieses Jahres enthaltenen Artikel: „Köln, 7. Juni", beginnend mit den Worten: „Sachsen, das sogenannte Königreich" und endigend mit den Worten: „Nieder mit den Königen, es lebe die Republik!"

1. die Ehrfurcht gegen Seine Majestät den König verletzt,
2. öffentlich zum Umsturze und zur Veränderung der Königlichen Regierung aufgefordert und angereizt zu haben, ohne daß indessen die Aufforderung und Anreizung einen Erfolg gehabt hat. —

Verbrechen gegen §§. 14 und 20 der Verordnung vom 30. Juni 1849, und nach Art. 226 und 227 der Str. Pr. Ordn. connex. —

Köln, 26. September 1850.

Der General-Prokurator beim Kgl. Rheinischen Appellationsgerichtshofe,
Nicolovius.

Digitized by Google

Vertheidigungsrede.

Es ist fast auf den Tag ein Jahr, daß ich an dieser Stelle stand, angeklagt, durch die Behauptung, die Krone habe es mit den Verheißungen des Jahres 1848 nicht ehrlich gemeint, das Interesse der bürgerlichen Gesellschaft verrathen zu haben. Die Krone sollte nicht Wort gehalten haben! Wer, meine Herren, muß nicht unwillkürlich lächeln bei dem Gedanken, wie naiv man noch vor einem Jahre war, daß man im Ernste, sogar vor Geschworenen, eine solche Frage diskutirte! Und so gewiß heute man hierüber lächelt, so gewiß ist der Tag nicht fern, daß kein Mensch mehr ohne zu lächeln daran denken wird, wie das öffentliche Bekenntniß zur Republik Jemanden vor die Schranken eines peinlichen Gerichtes bringen konnte.

Das Oeffentliche Ministerium erklärt sich selbst außer Stande, Ihnen nachzuweisen, daß ich direct zum Umsturze der preußischen Verfassung aufgefordert oder geradezu den König beleidigt hätte, aber es meint, indirect wären die Verbrechen begangen. Meine Herren, dem einfachsten Menschenver-

Digitized by Google

stande, und ausnahmsweise sogar dem Criminalrechte, sträuben sich die Haare vor dem Begriffe: „Indirect ein Verbrechen begehen!", und unser Rhein. St.-G.-B. sagt ausdrücklich im Art. 102: „qui auront excité directement", was in der üblichen Uebersetzung lautet: „die unmittelbar zur That aufgefordert haben." Damit wäre der eine Theil der Anklage schon in der Geburt erstickt. Der andere, die indirecte Majestätsbeleidigung, liegt nicht weniger jenseits der Gränzen menschlicher Fassung. Das Oeffentl. Minist. liefert nämlich seinen unantastbaren Beweis in Folgendem: „Die Monarchie und die Träger der monarchischen Gewalt werden in dem Artikel herabgewürdigt; Letztere werden ohne Ausnahme in der Bezeichnung „„Unterknäse"" als russische Satrapen geschildert und als Tränger des Volkes dargestellt. Es wird ihnen der Vorwurf des Meineides gemacht, und daß dieser Vorwurf auch insbesondere Sr. Majestät dem Könige von Preußen gemacht wird, geht aus der, die Ehrfurcht gegen denselben verletzenden, Anspielung auf dessen Rede bei der Eröffnung des ersten Vereinigten Landtages unzweifelhaft (!) hervor." Sie hören, die Majestätsbeleidigung soll durch eine majestätsbeleidigende Anspielung auf eine Rede unzweifelhaft erwiesen sein! Dann beweis't die Anklage, daß mit diesem Artikel zum Umsturze der bestehenden Staatsordnung aufgefordert werde, aus folgendem Satze: „Das einzige Organ, durch welches die demokratische Partei mit den Säbelherrschern verkehrt, ist das der Revolution, und die einzige Antwort, die sie auf alle Octroyirungen zu geben hat, nur der Ruf: „„Nieder mit den Königen, es lebe die Republik!""

Wenn man so weit gelesen hat, dann glaubt man, das Beste stecke dahinter, der Beweis komme jetzt. Aber es steckt Nichts dahinter, es kommt Nichts als der ironische Nachsatz: „Einen Erfolg u. s. w. hat diese Aufforderung nicht gehabt." Klingt es nicht wie Hohn, eine Kriminalklage und solche dürftige Motivirung? M. H., wenn mir es im Traume eingefallen wäre, zur Revolution aufzufordern, und ich hätte keine bessere, keine erfolgreichere Aufforderung zu Stande gebracht, ich würde mich schämen; und ich bin überzeugt, daß, wer von Ihnen die „Westdeutsche Zeitung" gelesen hat, nicht begreifen kann, warum dieser Artikel, und gerade dieser, Gegenstand einer so schweren Anschuldigung hat werden können. Ich glaube, ich kann Ihnen den Grund sagen: Die Beschlagnahme der Nr. 135 erfolgte am 7. Juni Abends. Es war damals, als Hr. v. Manteuffel und Hr. Simons den polizeilichen Landsturm gegen die Presse aufgeboten hatten. In Folge jenes Seseloge'schen Schusses feierte die Reaction ihre Orgien. Die Preß-Ordonnanz war schon angekündigt, ihr Inhalt schon bekannt. Die Polizei hoffte, die Schwurgerichte würden hierdurch aufgehoben werden, und arbeitete deshalb auf Lager, d. h. sie belegte Alles mit Beschlag, was vielleicht einem Tschoppe oder Dambach als angenehmes Material zur Anklage vor einem Staatsgerichtshofe hätte dienen können; namentlich aber wurden die Blätter mit Beschlag belegt, die das Glaubensbekenntniß der Redaktion enthielten, um vor allen Dingen eine Verurtheilung der Tendenz zu erzielen. Ja, dreizehn Beschlagnahmen hinter einander, zum Theil zwei an Einem Tage, sind da vollstreckt

Digitized by Google

worden. Bekanntlich zog man es aber vor, die Jury scheinbar bestehen zu lassen und sich auf andere Weise, von der ich nachher reden will, zu helfen. Da aber gerade um dieser Nummer willen viel Lärm gemacht, gegen den verantwortlichen Gerant sogar ein Steckbrief erlassen worden, so glaubte man, nicht weniger thun zu können, als mich zu verhaften und anzuklagen. Die Zeitung zu vernichten, das ist freilich dem Oeffentl. Minist. erspart worden. Diese Feindin der Contre-Revolution ist verblutet an den kühnen Griffen der Restauration. Je brutaler aber die sogenannte Verwaltung und die Polizei gegen dieses Blatt und mich gewüthet haben, um so mehr muß es den Urhebern der Gewaltstreiche daran gelegen sein, durch ein Geschwornenurtheil die Verfassungs-Verletzungen sanctionirt zu sehen. Darum fordert man Sie, m. H., jetzt auf, dieses Blatt und die Partei, deren Organ es war, nachdem man sie wehr- und mundlos glaubt, in meiner Person für ehrlos zu erklären. Zu Zeiten der Restauration, wo unter dem Vorwande des allgemeinen Besten Alles erlaubt ist, wäre es eigentlich Ueberfluß, sich zu vertheidigen, und nur aus Rücksicht, weil Sie meine Mitbürger und, wer weiß in wie kurzer Zeit, wenn die Reaktion so fortgeht, meine Schicksalsgenossen sind, will ich dem Oeffentl. Ministerium antworten.

Das Oeff. Minist. setzt Alles auf die Worte: „Die Demokratie verkehrt mit den Säbelherrschern nur mittels der Revolution, und die einzige Antwort, die sie auf alle Octroyirungen zu geben hat, ist der Ruf: „„Nieder mit den Königen, es lebe die Republik!““ — Während man sonst aus

den Vordersätzen den Schluß erklärt, beliebt dem Oeffentl. Ministerium das umgekehrte Verfahren, und mittels des Nachsatzes will es auf die Prämissen schließen. Es sagt: Der Artikel schließt mit dem Hochverrätherischen: „Nieder mit den Königen, es lebe die Republik!" folglich sind die Sätze, durch welche der Verfasser zu diesem Schlusse kommt, als nothwendige Voraussetzungen auch hochverrätherisch; da hiermit nun bewiesen ist, daß die Vordersätze und der Nachsatz hochverrätherisch sind, so unterliegt es gar keinem Zweifel, daß die ganze Tendenz hochverrätherisch ist. Da nun die Tendenz an und für sich nicht strafbar ist, so ist, um den Artikel strafwürdig zu finden, statt Tendenz „Aufforderung" zu lesen, und die Anklage ist fertig, ist unwiderleglich. — Sie sehen, eine Logik, die der von der indirecten directen Aufforderung würdig zur Seite steht.

Wenn Sie, m. H., über ein Verbrechen zu urtheilen berufen werden, so haben Sie nur zwei, aber auch zwei ganz unerläßliche Voraussetzungen, ohne welche ein Verbrechen undenkbar ist, festzusetzen. Sie haben zu fragen 1. nach dem objectiven Thatbestande, das heißt, ob die in Frage stehende Handlung so geartet ist, daß sie die charakteristischen äußeren Merkmale eines Verbrechens hat; 2. nach dem subjectiven Thatbestande, das heißt, ob dem Willen dessen, der die Handlung begangen hat, die fragliche Thatsache entspricht, d. h., ob er in der Absicht gehandelt hat, um den Zweck des Verbrechens zu erreichen. Wie gesagt, Keines dieser beiden Momente darf fehlen. — Sie haben also im vorliegenden Falle zu fragen: 1. Ist der Artikel der Art, daß der Leser

Digitized by Google

dadurch direct aufgefordert oder angereizt wird, die Verfassung und die Thronfolge des preußischen Staates gewaltsam zu ändern? 2. Hat der Verfasser die Absicht gehabt, mittels dieses Artikels diesen Eindruck bei dem Leser hervorzubringen? Wenn man nun den Artikel nach diesen zwei Seiten hin prüft, so ist vor allen Dingen nicht zu übersehen, daß er für eine entschieden demokratische Zeitung geschrieben und vom Standpuncte des demokratischen Lesers aus beurtheilt werden muß. Der Standpunkt unserer Partei ist aber kurz folgender: Diese Partei erkennt außer sich nur die unumschränkt monarchische, die Partei des feudalen Absolutismus, an und findet sich ihr gegenüber im scheitelrechten Gegensatze. Was zwischen beiden Parteien liegt oder zu liegen scheint, das sogenannte constitutionelle Wesen, betrachtet sie entweder als nicht vorhanden oder als Nichts bedeutend. Ihr Verhältniß zu der absolutistischen Partei ist stets das des Kampfes, entweder innerhalb des Gesetzes: des unblutigen, geistigen, wissenschaftlichen, oder des außer dem Gesetze stehenden: des rohen, gewaltsamen. Eine Form des gewaltsamen Angriffs heißt, wenn er von der herrschenden Seite kommt, „Octroyirung", wenn er von der beherrschten Seite kommt, „Revolution". Der gemeinsame Ausdruck dafür ist „Staatsstreich". Die Verschiedenartigkeit des Ausdruckes kann weder den factischen, noch den moralischen Werth ändern; criminalistisch steht die Sache freilich so, daß die Herren Beamten es immer mit der siegenden Partei halten und deshalb, je nachdem es kommt, die Strafgesetze gegen die Revolutionären oder die Octroyirenden

Digitized by Google

anwenden. Diese Beamten-Moral geht Sie Nichts an, Sie haben nur zu prüfen, ob der Verfasser Angesichts der Thatsachen, auf die sich der Artikel bezieht, ein Verbrechen dadurch beging, daß er ihn schrieb. Der Artikel handelt nun aber nicht etwa von einem Hader zwischen diesen beiden Parteien, sondern von einem Streite zwischen dem Absolutismus und der constitutionellen Partei, und hat direct mit dem absolutistisch-monarchischen Principe nichts weiter zu schaffen, als daß er das Glaubensbekenntniß der demokratischen Partei über dasselbe wiederholt. Ja, nichts mehr und nichts weniger als ein Glaubensbekenntniß ist dieser Aufsatz. Wer aber in diesem Bekenntnisse eine directe Aufforderung zum gewaltsamen Umsturze der Verfassung finden will, der muß es für so verlockend halten, daß, wer es lies't, auch sofort die Sturmglocke ziehen und mit Feuer und Schwert gegen die Monarchie angehen wird. Dann könnte allenfalls vom objectiven Thatbestande, dem ersten Requisite, die Rede sein.

Aber selbst das Oeff. Minist. hat es nicht aussprechen mögen, daß es diese Eigenschaft dem Artikel beimißt. Gleichwohl hofft es auf ein verdammendes Urtheil. Das Oeff. Minist. hofft also, daß der Gedanke an Republik einen solchen Abscheu bei Ihnen erwecken werde, daß Sie über Gedanken- und Preßfreiheit den Stab brechen, um nur über den, der sich zur Republik bekennt, das Anathema ausrufen und ihn aus der bürgerlichen und gesetzlichen Gemeinschaft ausstoßen zu können, mit Einem Worte, daß Sie sich als politisches Ketzergericht constituiren. Wir sind ja in Köln auf classischem Boden, und wer den Anklage-

Digitized by Google

Akt lies't, der kann sich des Gedankens nicht entschlagen, daß die Hoogstraeten und Pfefferkorn aufgestanden sind. Ja, Sie mögen die Deductionen des Oeff. Minist. drehen, wie Sie wollen, sie laufen allemal auf den Satz hinaus: „Der Inhalt ist politische Ketzerei, solche Ketzerei kann anstecken, mithin ist sie gefährlich, mithin ist es gut, wenn sie als Verbrechen behandelt wird, mithin paßt das Strafgesetz." M. H., das Strafgesetz, gegen welches dieser Artikel verstoßen haben soll, ist eben nicht neu, es ist sogar in seiner Fassung aus dem Rheinischen Rechte in die Octroyirung, die jetzt als Gesetz gelten soll, übergegangen. Können Sie es nun begreifen, daß, wenn schon dieser Aufsatz dagegen verstoßen haben soll, nicht schon früher Unmassen von Processen dieser Art verhandelt worden sind. Wer die Clubreden des Jahres 48 gehört, wer die Tagesliteratur, die „Neue Rheinische Zeitung", ja, wer die „Westdeutsche Zeitung" bei Gelegenheit aufregender inländischer Ereignisse gelesen hat, wird Das nicht begreifen und sagen, entweder früher oder jetzt ist das Oeff. Minist. unvernünftig gewesen.

Wie es sich damit verhält, ist klar. Wie es mit so vielen s. g. März-Errungenschaften ging, so auch mit der freien Presse. Anfangs mußten die Behörden, auch wenn es ihnen Anstrengung machte, diese Dinge unbefangen für das nehmen, was sie eben sind, für Freiheiten. Der Märzrausch verrauchte natürlich sehr bald bei diesen Männern, deren Lebensthätigkeit es bis dahin gewesen, diese März-Ideen als Verbrechen zu verfolgen; da fing man an, die März-Gesetze in das Prokrustesbett der Contre-Revolution zu legen

Digitized by Google

und so lange zu recken und zu schneiden, bis sie den Geist aufgaben. Wie man der freien Presse mitgespielt, wie kein Raubmörder so unter Polizei-Aufsicht steht, wie das Kind Gutenberg's, wissen Sie. Vom 17. März 1848 bis heute hat sechsmal die Preßgesetzgebung gewechselt. Aber was man bis jetzt erreicht hat, genügt der Contre-Revolution nicht; denn sie hat das Unglück, gegen einen geistigen Feind mittels Gensd'armen kämpfen zu wollen. Thun Sie, Bürger Geschworne, ihr aber das zu Gefallen, daß Sie den Geist der Presse, die Gedankenfreiheit, in die Acht erklären, dann ist sie am Ziele ihrer Wünsche. Dann hätten Sie die Censur-Instruktion des Jahres 1843 wieder hergestellt, wonach es verboten war, das Prinzip der Monarchie und der Feudal-Landtage zu kritisiren oder, wie man die Kritik überhaupt nannte, „Mißvergnügen zu erregen." Damals hatte der König seinem Lande eine offizielle Staatswissenschaft und eine polizeiliche Rechts-Philosophie verliehen; an Ihnen ist es, diese herzustellen, an Ihnen ist es, es für einen Irrthum zu erklären, daß die Wissenschaft und ihre Lehre frei, und das Recht, seine Gedanken durch Rede und Schrift auszudrücken, unbeschränkt sei. Meine Herren! Sie können das Tollste erklären, was Sie wollen, wenn es gegen die Presse geht, so ist es der Reaktion das Liebste. Denn wie in so vielen Dingen, so stimmen auch darin die beschränkten und die nichtsnutzigen Köpfe überein, mit einer Zeitung lasse sich die ganze Gesellschaft umstürzen, gegen eine Zeitung sei der Hebel des Archimedes Nichts. Auf diesem Wahnsatze, daß einige französische Hutmacher, ver-

Digitized by Google

schiedene Polen und drei jüdische Zeitungsschreiber alle Revolutionen gemacht haben, beruhen allerdings auch die einschlägigen Stellen der rheinischen und neupreußischen Gesetzgebung. Beide Gesetzgeber haben unmittelbar nach Revolutionen gelebt und glaubten, für alle Zukunft Revolutionen unmöglich gemacht zu haben, wenn sie die Erscheinungen der Revolution, u. A. aufrührerische Reden und Schriften, verböten. Diese Lykurge verwechseln geradezu Ursache und Wirkung.

Meine Herren! Reden und Schriften, in deren Folge eine Revolution ausbricht, sind unmöglich, und ich fordere das Oeffentl. Ministerium auf, mir ein Beispiel zu nennen, das diese Behauptung entkräftigt. Ein Verbrechen, das in einer Aufforderung bestehen soll, die keinen Erfolg haben kann, ist ein legislatorisches Phantasiestück, ein Gespenst, ein Alp, der Einen zwar sehr plagen kann, der aber dennoch nichts Anderes ist, als eine Einbildung, ein Schreckbild, entstanden in den gestörten Verdauungswerkzeugen der Staats-Hämorrhoidarien. Das hier vorliegende Gesetz ist nicht viel anders als die früheren Gesetze gegen die Hexen und Zauberer. Darin stand auch, wer für einen Zauberer gehalten werden solle; aber so rechtskräftig auch die Urtheile werden konnten, so konnten sie doch höchstens Jemanden für einen Zauberer erklären, aber nicht dazu machen, und sie blieben deshalb immer nur Justizmorde und Ausgeburten des Wahnsinns und des bösen Gewissens. Aber freilich, in unseren modernen Staaten ist es das Loos der Oppositionspartei, mit Hexen-Prozessen verfolgt zu werden, und dieses Gesetz ist die Schablone, über welche die an-

Digitized by Google

gebliche Gerechtigkeit ihre schwarzen Striche zieht. Dieses Gesetz ist ein Nothbehelf für den Fall, wo die wirkliche Gesetzgebung nicht ausreicht. Vor 1½ Jahr, als man hier das Vergehen der Majestätsbeleidigung noch nicht kannte, hat das Oeffentl. Ministerium es im Prozesse Weyers in Düsseldorf gegen einen Menschen angerufen, der auf die Person des Königs raisonnirt hatte. Sie sehen, je elastischer die Beamten-Gewissen werden, desto elastischer sollen auch die Gesetze werden.

Das konservativste Blatt der Erde, die „Times," rühmt es erst in ihrer Nummer vom 2. d. M.: „Ein Journalist kann in England keinen Hochverrath begehen, wenn er sich auch noch so viele Mühe gibt." Es setzt das allerdings voraus, daß die englische Polizei und Staats-Anwaltschaft Respekt vor der bürgerlichen Freiheit habe. Wenn man aber unsere Polizei hört, so muß man mit dem Dichter klagen:

„Es ist ein Elend um den Hochverrath!
Allüberall, zudringlich hüpft er Einen an;
Ja, selbst in's Bett des Abends leg' ich mich besorgt,
Daß mir ein hochverrätherischer Traum entwische."

Es ist ein charakteristisches Zeichen unserer gesammten Zustände, daß die Polizei und was ihr gleich steht überall den Staat von Räuberbanden umlagert glaubt, während im Innern die erbittertsten Feinde, die ihn auflösen werden, bereits alle strategischen Positionen inne haben. Ein Staat, der mittels Hochverraths-Prozesse geheilt werden sollte, hat selten lange noch gelitten. Trotz aller Medizin und Pflaster stirbt ein solcher Patient an Knochenfraß und Phthisis.

Ein Staat soll in Folge der wörtlichen Auf-

Digitized by Google

forderung einer Privatperson umgestürzt werden! Ich halte zwar nicht viel von unseren Staaten, aber da habe ich doch noch immer eine bessere Meinung von denselben, als unsere Gesetzgeber und Gesetzeswächter. Eine Staats-Ordnung wird weder durch Reden gestürzt, noch durch Reden gerettet. Das Einzige, was den Staat halten, aber auch vernichten kann, sind Thatsachen, nämlich die thatsächliche Ordnung, die ihm zu Grunde liegt, die Verhältnisse, in denen die Bürger unter sich und zur Staatsspitze stehen, sowohl was politische Berechtigung als leibliche Wohlfahrt anlangt, und ferner die thatsächliche Anerkennung dieser Ordnung sowohl vom Haupte wie von den Gliedern. Wo die Ordnung dem Bedürfnisse nicht entspricht, oder wo sie nicht respektirt wird, da ist freilich der Umsturz oder, richtiger, der Einsturz nahe, so nahe, daß auch nicht der Herr Staats-Prokurator ihn aufhalten wird; am nächsten aber ist er, wo stets von oben herab gerüttelt wird, wo die Heuchelei der Regierenden vor Ungeduld brennt, die beengende Maske abzuwerfen, wo ein Machtspruch den anderen drängt, wo eine Octroyirung die andere jagt und aufhebt, wo eine Täuschung nach der anderen endlich das Volk zur Verzweiflung treibt. So wenig das Wetterglas die Wärme, so wenig machen wir die Zeit. Wir beschreiben sie, und wenn wir das Höchste leisten, so beschreiben wir sie richtig; dann aber heißen wir auch gefährlich, dann trifft uns der Haß derer, die zu fürchten haben, richtig geschildert zu werden, die es zu scheuen haben, daß Jemand ihre Thaten dem Volke verständlich macht. Wie groß die Wuth der Despotie gegen die Presse

Digitized by Google

auch immer sein mag, nie ist sie groß genug, um nicht das Lächeln zu erregen, welches jener Einfaltspinsel verursacht, der den Spiegel zerschlägt, weil er darin ein häßliches Bild sieht. Ja, m. H., das Bild, welches dieser Zeitungs-Spiegel wiederstrahlt, ist nicht schön; aber welches Ereigniß ist seit zwei Jahren um uns geschehen, das nicht ein Schauergemälde wäre? — Europa ein Medusenhaupt; die Völker Laokoon's Söhnen gleich, und eine Niobe dieses deutsche Vaterland! Schreiben wir, was geschehen ist, so blüht uns der Kerker, und schreiben wir, was geschehen wird, so winkt uns das Zuchthaus. Steiniget sie! das ist die Antwort der Gewaltsherrn auf den Kassandraruf der Presse. Steiniget ihn! so rief vor zwei Jahren der Staats-Anwalt, als ich auf der Fühlinger-Haide dem Volke gesagt: „Trauet nicht den Schwarzweißen. Hinter jenen blauen Bergen im Osten lauert die Reaktion." Steiniget ihn! so rief er vor einem Jahre, als ich den Märzverheißungen eine Leichenpredigt und den Standrechtsmorden die Antrittsrede gehalten; so rief er vor neun Monaten, weil ich den moralischen Sturz Preußen's vorhersagte, und so ruft er heute, weil ich meine Genossen daran erinnert, daß mit dem Meineide keine Vereinbarung möglich sei.

In der Polizeisprache heiße ich und meine Freunde gefährliche Menschen. Wir erfreuen uns dieses Titels aus vormärzlicher Zeit, weil wir voraussagten, das Kamaschenthum im Heere und Bureau werde über Nacht zusammenstürzen; und als wir noch vor Ende des schwarz-roth-goldenen Sommers darauf hinwiesen, wie die Reaktion auf ihren Einzug lauere, da hat dieselbe Reaktion

Digitized by Google

unter dem Vorwande, den eine gefällige Justiz ihr borgt, gegen uns eine Hetzjagd eröffnet, die den Juden-Verfolgungen des Mittelalters wenig nachgibt. Aber, trotz alledem und alledem, Recht haben wir behalten. Als Philanthrop, als guter Deutscher wollte ich, es wäre nicht so, aber als vernünftiger Mensch konnte und kann ich nicht anders sagen als: Alle Dynastieen streben dahin, die Zustände, wie sie 1816 waren, wiederherzustellen; diese Zustände ruiniren Land und Leute, sie hemmen, aber hindern nicht die Entwicklung und Umwandlung der Gewaltsstaaten in soziale und zuletzt in einen einzigen Humanitäts-Verband. Darum ist es am besten, man faßt sein nächstes Ziel in's Auge, damit, wenn die Fürsten und ihre Diener die Staatskarren hin und her zerren und mit den Rädern in einander gerathen, wir gemeinen Leute, deren beschränkter Verstand die Tugenden der Diplomatie nicht zu würdigen versteht, aussteigen und zu Fuß, langsam, aber unbeirrt dem Ziele zuwandern, wo man sich ohne Fürsten und Bureaukraten zu behelfen weiß — zur Republik; und wenn man unterwegs auch von einer jener Locomotiven der Geschichte, wie Marx die Revolutionen nennt, eingeholt und mitgenommen wird, so ist das eben auch kein Unglück. Das ist eine Ueberzeugung, die ich längst mit Hunderten theilte, jetzt schon mit Tausenden gemein habe, und die mich mit Millionen vereinigen wird. Diese Ueberzeugung ist nicht von gestern, ist nicht die Ausgeburt gestörter Hoffnungen, sie ist mir eine wissenschaftliche Consequenz. Die mich in die Elemente der Politik und Oekonomie einführten, ein Zachariä, ein Dahlmann, ein Stahl, waren

Digitized by Google

keine Republikaner, aber um so stärker redeten zu mir die republikanischen Grundwahrheiten, die, wie dick die modernen Staats-Chirurgen sie auch verkleistern mögen, selbst aus den Lehren der Monarchisten hervorwuchern. Und hätte die Theorie mir noch einen Zweifel gelassen, so hätte ihn die Erfahrung der letzten drei Jahre gründlich gehoben. Wir Republikaner heißen Anarchisten. Gut; aber zur Zeit der absoluten Monarchie, als alle jene Theorieen, die jetzt wieder mit Gensd'armen und Criminal-Gerichten zur Anerkennung gebracht werden sollen, freies Spiel hatten, ist Deutschland so elend geworden, daß alle europäischen Kriege ungestraft auf seinem Gebiete und auf seine Kosten geführt wurden, daß ein winziger Nachbar ihm den schönen Strom versperren durfte. Der Verlust der besten Gränzmarken von den Alpen und Vogesen bis zu den Dünen der Nordsee hinab, das Sinken aller Industrie und alles Eigenhandels, die schreckliche Verarmung der Städte wie des flachen Landes, die seit zweihundert Jahren fast in stetem Zunehmen begriffene Verdummung, Rohheit, Wehrlosigkeit und Gleichgültigkeit gegen die höchsten Interessen — das ist die Frucht jener germanischen Zustände, die offizielle Politiker als Ideale einer guten Ordnung preisen. Als jener gewaltige Umsturz in Frankreich erfolgte, war sich da auch nur ein Einziger jener Fürsten seiner Herrscherpflicht und seiner Reichswürde bewußt? Fast ohne Schwertstreich ist dieses Rheinufer von seinen angeblichen Landesvätern der, für den Ruin der Menschheit ausgeschrieenen, Revolution Preis gegeben worden, als auf der anderen Seite Entschädigung an Land und Leuten

Digitized by Google

in Aussicht gestellt würde. Als nun das Volk die Unabhängigkeit der Fürsten wieder hergestellt, blieb Deutschland doch, was es gewesen: eine unter 34 Dynastieen getheilte Domaine, auf der die Menschen das eiserne Vieh sind. Was der Bundestag war, wie zweimal die gebildete Jugend, die von den Rechten ihres Volkes zu träumen gewagt, in elenden Kerkern vermodern mußte; wie Ausnahme-Gerichte gewüthet, und die Censur jeden freien Gedanken gemordet; wie jeder patriotische Wunsch zum Verbrechen gestempelt; wie jede Verfassung, als der göttlichen Ordnung zuwider und mithin rechtlos, der Willkür Preis gegeben; wie wirklich das Staats-Grundgesetz Hannover's mit einem Federstriche vernichtet; wie zu allem politischen Elende und in Folge desselben noch das materielle Unglück riesenhaft wachsend hinzutrat; wie Schlesien einem gottbegnadeten Legitimitäts-Prinzipe zu Liebe nach zweiunddreißigjährigem Frieden vom Hunger-Typhus verheert, und doch die Besprechung der sozialen Uebel für Hochverrath erklärt; wie die russische Freundschaft die Ostseehäfen veröden und die Gränzbezirke absterben ließ — das Alles wissen Sie. Die deutsche Revolution kam aber, trotz Censur-Edict und trotz Landrecht und trotz königlicher Reden.

Was nun hätte geschehen müssen, war uns längst klar, und ich meine, jetzt auch vielen Anderen. Sollte Deutschland aus dem politischen und ökonomischen Elende erstehen, so mußte es Ein Reich werden, so weit die deutsche Zunge klingt, mit Einer Gesetzgebung, mit Einem Zollsysteme, mit Einer Politik, mit Einem Heere, mit Einer Flotte. Sollte es den täglich weiter fres-

Digitized by Google

senden Krebs der Gesammt-Verarmung heilen; sollte die theure Bureau- und Soldatenherrschaft, sollte die unwürdige und schädliche Bevormundung in Gewerbe und Gemeinde aufhören, und dafür Jeder die Sorge für das Wohl Aller, und Alle die Sorge für das Wohl des Einzelnen übernehmen; sollte nicht mehr das Capital die Industrie und den Ackerbau sich als Sclaven unterordnen — so mußte die Geburts-, Geld- und Amts-Aristokratie keine Geltung mehr haben, so mußte Deutschland Republik werden. Warum es nicht geschehen, wissen Sie. Nicht als ob nicht, mit Ausnahme weniger anders Interessirter, Jeder Deutschland's Einheit, Freiheit und Wohlstand gewollt hätte, sondern weil man glaubte, das Alles ließe sich unter 34 Fürsten, die das Beste versprochen, vertheilt erringen. Eigentlicher Legitimisten gab es sehr wenige, leicht- und gutgläubiger Menschen, die meinten, in einem einzigen Märzmonate habe eine vieltausendjährige Welt sich neugeboren, und Fürsten, Adel, Clerus, Beamte und hohe Bourgeoisie seien 1848 nicht mehr, was sie 1847 gewesen — solcher deutscher Biedermänner, wie sie sich nannten, gab es desto mehr. Sie hatten die Mehrzahl und natürlich auch die eben erst gebrochene Gewalt für sich; so wurde das Jahr 1848 verpaßt.

Was in jenem März sich ereignet, ob Revolution oder Krawall, ob Errungenschaft oder Gnadengeschenk, ist bekanntlich vielfach erörtert; für uns ist es gleichgültig. Aber so viel ist, wenn man den bloßen Erfolg, wie er sich unmittelbar nach dem März feststellte, in's Auge faßt, gewiß: Es ist damals ein stillschweigender und auch aus-

Digitized by Google

gesprochener Vertrag zwischen den bisherigen Herrschern und Beherrschten zu Stande gekommen, kraft dessen die Souverainität auf das Volk übergehen, die Ausübung aber bei den Fürsten verbleiben sollte. Ob das ein Unding ist, ob das Volk hier nicht schon hinter's Licht geführt wurde, ist hier nicht zu prüfen. Versprochen aber haben die Fürsten von den Balconen und von den Thronen, in Cabinetten und Kammern, diesen Vertrag ehrlich zu halten. Und was ist geschehen? Wer hat den Vertrag gehalten und wer nicht? Wer hat gegen seinen Vortheil sein Wort erfüllt, und wer hat es schnöde gebrochen, auch wo es leicht war, ehrlich zu sein? Auf welcher Seite ist die Treue, und wo ist der Meineid? Meine Herren! Wenn man, um auf diese Fragen zu antworten, der Wahrheit nicht mehr die Ehre geben darf, dann — leb' wohl, Civilisation und Recht! Dann ist es Zeit, daß die Barbaren des Ostens über Europa wieder einbrechen, und eine neue Völkerwanderung diesen Moder und Plunder, der Justiz und Moral heißt, begrabe!

Sie haben gehört, wie das Oeffentliche Ministerium sich gewaltig entsetzt, weil ich von den Monarchieen nicht viel halte. Vor lauter Entsetzen ist das Oeffentliche Ministerium nicht auf die Sache selbst eingegangen. Wollte das Oeff. Ministerium den Kern des Artikels hervorheben, so mußte es sagen: „In diesem Artikel sucht der Verfasser den längst von ihm aufgestellten Satz, daß Volksfreiheit und Königthum unvereinbar sind, an einem Beispiele nachzuweisen." Ja, das habe ich gethan, und das war mein Recht und meine Pflicht. Ich müßte meine Aufgabe als

Digitized by Google

Publicist und Wortführer der Partei schlecht begriffen haben, wenn ich, statt meine Ideen zu erörtern und dadurch zu verbreiten, den agent provocateur gemacht und zu Thaten aufgefordert hätte, die, wie ich selbst hundertmal in der Zeitung nachgewiesen habe, erstens jetzt überhaupt nicht zeitgemäß sind, und zweitens in Deutschland nicht den Anfang nehmen können. Nur Unverstand oder Böswilligkeit kann mir die Lächerlichkeit zumuthen, ich hätte mit dem Artikel sagen wollen: „Allons! Heute den 7. Juni, Abends 6 Uhr, wird die Zeitung ausgetragen; jetzt wollen wir den König absetzen und die deutsche Republik proclamiren, und zwar, weil der König von Sachsen wortbrüchig ist!" Das klingt und ist lächerlich, und darum wehre ich mich dagegen. Nicht, als ob ich die Revolution perhorrescirte, sondern weil ich mir nicht eine solche Dummheit will unterschieben lassen, wie der Anklage-Act es thut. — M. H.! Der Beweis: „Weil Becker eine revolutionäre Ansicht hat, deßhalb hat er zur Revolution aufgefordert," ist trotz seiner Beliebtheit bei der Polizei · einfältig und in politischen Dingen gleich Null. Gerade in der Politik lebt sehr selten Jemand nur nach seinen Ansichten, oder thut, was er wohl möchte; eben weil der Einzelne weiß, daß er nicht kann, wie er möchte. Man erkennt Manches für durchaus verkehrt an, und ordnet sich ihm doch für den Augenblick unter. Zum Beispiel, m. H., Sie fordern repräsentative Verfassung; ich halte sie für einen Unsinn. Aber ich wähle doch mit, damit Sie sie eben bekommen und aus Erfahrung ersehen, daß Nichts damit auszurichten ist.

Digitized by Google

Meine ganze Partei hat in dieſer Weiſe an allen, ihr principiel durchaus fremden, Experimenten des Jahres 1848 Theil genommen; meine Partei hat gewählt für Frankfurt und Berlin, für Bürgerwehr u. dgl., Alles in der Ueberzeugung, daß die Monarchie mit allen dieſen Dingen bald kurzen Prozeß machen würde; daß dann die, die in jener Einrichtung das einzige Heil der Welt erblickten, auch nicht einen Finger für deren Rettung regen würden. Wir haben loyal erfüllt, was man im Namen der Majorität von uns forderte, und wenn nun das Reſultat war, daß die Leute täglich geſcheidter wurden, daß ſie einſahen, wie ſie mit allen konſtitutionellen Redensarten an der Naſe herumgeführt wurden, und deshalb täglich maſſenhaft zu uns, in's radikale Lager, übergehen, — wer trägt dann die Schuld? Der, welcher die Prophezeihung gemacht, oder der, welcher ſie wahr zu werden gezwungen hat? Die Polizei, die nun einmal allein vom Baume der Erkenntniß gekoſtet hat, ſieht darin nur Wühlereien, Conſpirationen, Drohungen und hochverrätheriſche Aufforderungen. Ich halte mich dagegen an Thatſachen. Gehen Sie alle Reden und Zeitungen der Demokraten von 1848 durch, und ſagen Sie mir, ob nicht Alles ſo eingetroffen iſt, wie es vorhergeſagt iſt; und zu dieſen Vorausſagungen gehörte in der That nur wenig.

Nehmen Sie, m. H., Deutſchland. War es ſo übermenſchlich, wenn wir raiſonnirten: Ein Verein von Fürſten kann das unter ſie vertheilte Deutſchland nicht einig werden laſſen, weil Jeder von ihnen das Intereſſe hat, für ſich auf Koſten der Anderen zu erwerben, weil Zwietracht und Neid,

Digitized by Google

nicht aber aufrichtiges Zusammenwirken für das Volk herrschen wird, oder die Fürsten müßten nicht mehr die sein, wie wir sie aus tausendjähriger Geschichte kennen? Eine starke Central-Gewalt war nicht zu erwarten, weil diese, um wirklich stark zu sein, die Gewalt über das Kriegsheer haben mußte, die Fürsten aber, die das zugegeben, sich selbst mediatisirt hätten; ein gemeinschaftliches Zollsystem war den Fürsten um so verhaßter, als ihnen dadurch das Mittel genommen wurde, die Handels-Politik zu persönlichen Launen oder Vortheilen auszubeuten; daß sie nun erst einer gemeinsamen Reichs-Politik ihre Privat-Diplomatie opfern würden, war gar nicht zu erwarten. Das waren unsere Aussichten für die deutsche Einheit! Welche Erwartungen blieben noch für die Freiheit? Oder kann Jemand an ein freies und doch getheiltes Deutschland glauben? Kann man es für möglich halten, daß Preßfreiheit, Vereinigungsrecht, allgemeines Stimmrecht, Volks-Bewaffnung, entscheidende Stimme der Ständeversammlungen in allen Gesetzen und Steuerfragen und endlich wirkliche Minister-Verantwortlichkeit zugestanden werden könnten, ohne daß damit die Fürsten ihre Abdankung unterschrieben? Oder glaubt Jemand im Ernste, ein großes Volk von vierzig Millionen, durch Zerrissenheit in Schande und Elend versunken und endlich aufgewacht, würde mit solchen Waffen in der Hand noch länger seine Zerrissenheit dulden; es würde der 34fachen Politik, der 34fachen Gesetzgebung, der 34fachen Regierung, der 34fachen Militär-Verwaltung, der 34fachen Civilliste, den Apanagen für 300 Prinzen und Prinzeßchen nicht ein Ende machen? Ein Ende ganz

Digitized by Google

ohne Gewalt, eine Revolution ohne einen Tropfen Blut! Daß das möglich sei, daß es geschehen müsse, hat man so wenig bezweifelt, daß sehr Viele über das friedliche Resultat den Mangel an Mitteln, es zu erreichen, zuerst übersahen und nachher die Nothwendigkeit der Mittel läugneten, als ob sie in einem politischen Schlaraffenlande lebten, wo ihnen die Freiheit auf dem Präsentirteller gebracht werde. Gegen diese Partei, die zwei Jahre lang sich so furchtbar gebrüstet hat, ist, wie das Oeffentl. Minist. endlich vielleicht merken wird, die Polemik des Artikels gerichtet. Mit Parlamenten, mit Stimmzetteln wollte sie die Rechte der Nation so sicher stellen, daß keine Gewalt der Erde sie ihr entreißen solle. An dieser Dummheit, Deutschland mit Parlamentsreden zu retten, scheiterte Alles. Denn in diesem Ton stimmten sowohl die Contre-Revolutionären, nach Anleitung der letzten Nummer des „Rhein. Beobachters", als die Vertrauens-Duseler und die politischen Kinder, die selbst bekannten, noch am ABC zu sein, überein. Die Ueberklugen, die Unklugen und die Unmündigen hatten sich vereinigt und spielten constitutionelle Partei. Es ist auffallend, daß die Anklage dieser Constitutionellen nicht erwähnt. Ich aber kann diese Partei nicht mit Stillschweigen übergehen. Denn wenn die Anklage hinsichtlich der Aufforderung zum Umsturze Recht hätte, so wäre ja gerade die constitutionelle Verfassung es, die in Gefahr wäre. Ja, ja, m. H., Sie sollen eigentlich die Constitution retten, und das ist die komische Seite der Anklage. M. H.! Wenn wir diese Seite ganz scharf in's Auge fassen, aber ganz scharf, so finden wir nämlich, daß sie gar nicht

Digitized by Google

existirt. Unser preußischer Staat oder der sächsische Staat, oder welchen Sie immer in Deutschland nehmen wollen, ist gar nicht constitutionel, nicht etwa weil ihm das berühmte Blatt, das den König von Gott trennt, fehlt, sondern weil es keine constitutionellen Bürger bei uns geben kann. Ein constitutionelles Staatsleben setzt nämlich 1. ein nationales und staatliches Bewußtsein im Volke, 2. eine mächtige Bourgeoisie, die der Krone einen Widerstand entgegen setzen und sie in finanzieller Abhängigkeit halten kann, 3. eine zum Bewußtsein dieser ihrer Classenstellung gelangte Bourgeoisie voraus. Von allem Dem finden Sie bei uns höchstens vereinzelte Spuren. Was sich sonst *constitutionel* nannte, war im Herzen entweder absolutistisch oder, wie die große Masse des mittleren Bürgerstandes, republikanisch gesinnt, glaubte aber durch friedliche, constitutionelle Entwicklung in die Republik eingehen zu können. Die wirklichen constitutionellen, d. h. Bourgeois-Elemente, die sich unter dem Einflusse der gestürzten Aristokratie an die Spitze stellten, haben uns um Alles gebracht. Diese Leute wußten sehr wohl, daß in der Constitution vom Volke nur in so fern die Rede ist, als es Gegenstand der Exploitation ist, und daß, wenn sich zufällig Paragraphen in die Verfassung verirren, die von den Rechten des ganzen Volkes reden, der constitutionelle Kampf damit beginnen müsse, diese als „*mit dem Bestande der Gesellschaft unverträglich*" auszumerzen. Hiermit sollte in der That die parlamentarische Thätigkeit für Deutschland's Freiheit und Einheit unter der Führung der Hansemann, Camphausen und Beckerath beginnen. Nie hat der

Digitized by Google

Wahnsinn schönere Blüthen getrieben, als auf diesem Gebiete, nie ist ein achtungswerther Bürgerstand in seiner Furcht vor Anarchie von seinen Führern schändlicher mißbraucht worden. Um dem Oeffentl. Minist. seine Anklage zu erleichtern, erinnere ich an Preußen. Zu den Rechten, die dem ganzen Volke hier zu Gute kommen sollten, gehörten eben jene Mittel, welche Deutschland ohne Blutvergießen retten konnten: Das allgemeine Stimmrecht, die Volksbewaffnung, Versammlungs- und Vereinsrecht, die freie Presse, anderer Rechte, z. B. des allgemeinen Jagdrechts, nicht zu gedenken. Diese Rechte sind sämmtlich den Weg allen constitutionellen Fleisches gegangen. Zuerst war das Königthum mit der constitutionellen Partei einverstanden, daß das Volk im Interesse des Friedens wehrlos sein müsse. Nachdem die Bürgerwehr in den Sturm- und Drangtagen den Thron und das Eigenthum geschützt, ließ man sie also jetzt unter unfähigen Führern verkommen, verludern und endlich sanft entschlafen; wo sie aber nur entfernt noch innere Lebenskraft verrieth, hat man sie der Kürze wegen gewaltsam entwaffnet. Nachdem so der Volks-Souverainität der Herzstoß versetzt, entwickelte sich das Uebrige „auf gesetzlichem Wege", natürlich, leicht. Es fiel das allgemeine Stimmrecht, dann folgte Vereins- und Versammlungsrecht, der Preßfreiheit wurde der Todesstreich versetzt. M. H.! Die Constitutionellen haben zu dem Allem „Ja" gesagt, denn ihnen, meinten sie, galten die Streiche ja nicht. Nun hatten sie ja freie Hand, nun gab es keine Bassermann'schen Gestalten mehr. Nun ist ja Deutschland seit fünf Vierteljahren so ruhig wie

Digitized by Google

ein Kirchhof; warum machen sie jetzt Deutschland nicht einig und frei? Warum lösen sie jetzt die großen politischen Fragen nicht, wo doch Alles nach Lösung ruft? Sehen Sie, so lohnt das Geschick den Verrath am Volke; so wie das Volk beseitigt war, war die constitutionelle Partei auch beseitigt. Sie nennt sich jetzt in der „Kölnischen Zeitung" die belogene und betrogene, aber vor anderthalb Jahr da glaubte sie noch nicht daran. Da schwur sie in Frankfurt die Reichsverfassung durchzuführen mit Gut und Blut, und schürte das Volk, bis der Aufruhr losbrach. Die Demokratie im Principe hat mit diesen Reichsschwindeleien Nichts zu thun gehabt, sie hat nur leider zu viel Mannschaften dazu herleihen müssen. Preußen machte mit den constitutionellen Redensarten von Reichsverfassung nicht viel Umstände, schlug die Aufstände nieder und verkündete im Vereine mit Hannover und Sachsen die Unions-Verfassung. Das Parlament war noch nicht gesprengt, da liefen die Constitutionellen schon in Gotha zusammen, um zuzugreifen. Aber sie haben blauen Dunst gegriffen. Dann sehen wir die Constitutionellen zum dritten Male in Berlin. Vereinbaren, Revidiren war nicht gegangen. Königliche Worte und königliche Säbel waren allemal in Collision gekommen. Als das Wahlgesetz gebrochen, und endlich die Kammern vom reinsten constitutionellen Wasser waren, was haben diese Kammern erwirkt? Die Octroyirungen angenommen, die Verfassung angenommen, Budget und 18 Millionen bewilligt, 15 allerhöchste Propositionen angenommen — Alles, um eine Constitution beschworen zu erhalten. Jetzt ist sie beschworen; die

Digitized by Google

Octroyirungen dauern fort, die 18 Millionen sind fort, und will der König ohne Kammern regieren, so hindert ihn die Constitution am allerwenigsten daran, da ihr die Seele, das unbedingte Steuerbewilligungs-Recht, so gut wie fehlt. Die Constitutionellen haben nicht einmal das von der Constitution gehabt, was ihre Freunde unter Ludwig Philipp erreichten: mittelst der Politik Geld zu verdienen. Die Course stehen noch so, wie sie vor dem Verfassungsschwure standen. Das Einzige, was sie erreicht haben — sie haben das Volk erbittert und ihm jedes Vertrauen zu ihnen gründlich ausgetrieben.

Und diesen constitutionellen Tausendkünstlern, die jetzt sehen mögen, wie sie sich an ihrem eigenen Zopfe aus dem Sumpfe ziehen, ihre Misere vorhalten, — das nennt die Anklage Aufforderung zum Umsturze der Verfassung! — Wen sollte ich denn aufgefordert haben? Etwa die Constitutionellen, die tapfern Gothaer? Die fürchtet der Staats-Prokurator gewiß nicht. Oder das Volk? Das Volk compromittirt sich nicht mehr mit einer Constitution; das Volk kennt jetzt den Werth derselben; es weiß, was es auf die Versprechungen zu geben hat, die in dergleichen Aktenstücken stehen.

Ja, m. H., das Volk denkt weder daran, die Constitution zu halten, noch sie umzustürzen, das überläßt es ganz den Beckerath's und Stedmann's, die jetzt ihre Hände in Unschuld waschen möchten; — wohl aber wird es daran denken, sich vor Betrug und Meineid künftig sicher zu stellen, und es thut Noth, daß es bald geschehe. Die Demoralisation ist fürchterlich; wenn das Recht und

Digitized by Google

Gottes Ordnung ist, was sich heutzutage hinter den Meineid, den Wortbruch, den Verrath, die Corruption und die Prostitution flüchtet, dann ist der Teufel ein Heiliger. Riecht nicht die ganze Geschichte der letzten drei Jahre nach moralischer Fäulniß? Blickt nicht jedem offiziellen Aktenstücke die Lüge und der Meineid aus den hohlen Augen? — Der einzige Mann, der, wie der heilige Antonius, von allem Dem Nichts merkt, scheint der Herr Staats-Procurator zu sein. Der scheint Nichts gehört zu haben von Dem, was verheißen, und von Dem, was erfüllt ist; Nichts gehört zu haben von jenem 14. März, an welchem Metternich floh, und der Kaiser Alles gelobte, was nur Bürgerfreiheit heißt; er hat auch wohl Nichts gehört von jenem Morgen des 19. März, als in Berlin ein Mann bat: „Vergesset, wie ich vergessen werde, um der großen Zukunft willen!“ und wie Deutschland und seine Leidensgefährtin Polen zugleich die feierliche Zusage auf Wiederherstellung erhielten? (Unterbrechung durch das Oeffentl. Minist., welches sich persönlich beleidigt glaubt.) Ich meine die Person des Herrn Ober-Prokurators John ja nicht, ich habe es nur mit dieser Anklage zu thun, die auf mich ein zehnjähriges Zuchthaus herabrufen will, und wenn ich deren Bodenlosigkeit durch Thatsachen, die keinem Kinde unbekannt sind, nachweise, so ist das zwar schlimm für den schofelen Anklage-Akt; warum hält man ihn aber aufrecht? Das geschieht, und darum frage ich weiter: Haben Sie denn nicht gehört, wie an diesem selben Tage in Turin Karl Albert die Freiheit und Einheit Italien's proclamirte? Haben Sie nicht gehört von jenem Tage,

Digitized by Google

der Ungarn die Selbstständigkeit und Neapel eine Verfassung verhieß? Und haben Sie nicht gehört, wie das Alles Wahrheit geworden, wie Wien bombardirt und des Parlaments Gesandter ermordet wurde? Haben Sie nicht gehört, wie in Posen das königliche Wort mit Shrapnells und Höllenstein eingelöst wurde, und das Bombardement Lemberg's die Polen belohnte? Haben Sie auch nicht gehört, wie Kartätschen aufgefahren wurden vor der berliner Constituante, und Kolbenstöße die Vertreter des Volkes auseinandertrieben? wie zu Kremsier die Deputirten in den Kerker geworfen wurden, und Octroyirungen hier und überall die Volks-Souverainität brechen mußten? Haben Sie auch nicht gehört von jenen Massacres in Dresden und den Blutthaten zu Wiehre und Rastatt? nicht von jenem Züchtlinge in Spandau, dessen Verbrechen es ist, deutschen Fürsten geglaubt zu haben? Haben Sie nicht gehört, wie der König von Neapel seine Stadt durch Lazzaroni plündern, Palermo und Messina verwüsten ließ? Haben Sie aber auch gehört, wie er sich seines Eides entbinden und die Freunde der Constitution auf die Castelle bringen hieß? Haben Sie von der Bomben-Majestät gehört? Haben Sie gehört, wie der König von Sardinien, der ehemalige Carbonaro, Mailand an Radetzky verrieth; wie Bologna und Brescia mit Brandraketen beruhigt, und wie zu Mailand Frauen auf offenem Markte gepeitscht wurden? Haben Sie gehört, wie Pius den Bomben-König seinen treuesten Sohn nannte und die Unterwerfung Ungarn's durch ein Jubiläum sanctionirte, und wie der

Typhus in den Kerkern der Tiber seine Bartholomäus-Nacht hielt? Haben Sie von dem großen Henkerfest zu Arad gehört? Haben Sie von Toscana gelesen, wie Verfassung und Preßfreiheit mit einem Federstriche vernichtet, wie des Landes beste Bürger geächtet sind? Haben Sie nicht gehört, wie der mecklenburgische Landesvater Verfassung und Grundrechte cassirt, wie in Darmstadt die Presse, die Vereine, ja, das Wahlrecht suspendirt sind? Haben Sie auch nicht gehört, wie der treffliche durchlauchtige Kurfürst von Hessen sein Wort hält, und wie der Bundestag seine vergifteten Protocolle in's Land schickt? — Etwas hat aber das Oeffent. Minist. gehört: es hat von „Ereignissen in Sachsen" gehört. Da es aber nicht zu wissen scheint, wie die sächsische Geschichte ein Gewebe von Täuschungen und Kniffen, im Ganzen aber nur ein gewöhnliches Bruchstück deutscher Geschichte ist, so will ich das Nothdürftigste hier bemerken: Sie wissen, wie Herr Camphausen im April 1848 die deutschen Regierungen aufforderte, möglichst bald die einzelnen Landtage einzuberufen, um dadurch den Einfluß des frankfurter Parlaments zu brechen. Es wurden also auch in Sachsen die Stände berufen, die Presse freigegeben, eben so das Vereinsrecht, und unterm 15. Nov. 1848 wurden die alten verrotteten Landstände feierlichst aufgehoben, um einer Repräsentation im constitutionellen Sinne Platz zu machen. Bekanntlich kam im Frühjahre 1849 durch das Compromiß aller Parteien, namentlich aber durch Nachgeben der demokratischen Partei, eine Reichs-Verfassung zu Stande, deren Annahme keine Regierung, die nur halbwegs die März-Verheißun-

Digitized by Google

gen erfüllen wollte, abschlagen konnte. Jetzt erging von Berlin die Parole, sofort alle Landtage nach Hause zu schicken, damit die gesetzlichen Organe sich nicht für die Reichs-Verfassung aussprächen. Gerlach hat es später in Erfurt verrathen, daß jene Maßregeln in Hinblick auf den Bundestag vorgenommen sind. Fast zu derselben Stunde wurden die Kammern von Preußen, Hannover und Sachsen aufgelöst, und die von Baiern vertagt. Es kam jetzt Alles darauf an, wo die Bevölkerung zuerst so gefällig wäre, Krawall anzufangen. Die guten Sachsen glaubten, da sie so besonders am Boden des Gesetzes festgehalten, so könne man ihnen die Reichs-Verfassung nicht abschlagen, wenn sie nur energisch forderten. So kam es, daß hier das Complot der Fürsten gegen die Reichs-Verfassung zuerst eclatirte. Die Majorität im Ministerium hatte sich durch Einführung der Grundrechte für die Reichs-Verfassung ausgesprochen; die pillnitzer Camarilla entließ daher am 30. April die Minister Held, Ehrenstein und Weinlig, und beauftragte den Urreactionär Zschinsky, und wenn ich nicht irre, v. Carlowitz, mit der Bildung des neuen Ministeriums. Dieser Vorfall und die am 1. Mai erfolgte Ankunft des so genannten Reichs-Commissars von Watzdorf, der die Durchführung der Reichs-Verfassung betreiben sollte, veranlaßte eine große Aufregung. Am 2. und 3. Mai langten aus allen Theilen des Landes Deputationen an, welche am 3. Audienz beim Könige erhielten. Der König sprach viel von Deutschland's Einheit, von Erfüllung seiner Verheißungen und hätte gegen die Reichs-Verfassung angeblich nur Das zu erin-

Digitized by Google

nern, daß ihm der Augenblick der Einführung nicht so ganz geeignet erschiene, weil Preußen und Baiern Bedenken erhöben, und weil, wenn diese beiden Mächte dissentirten, daraus für Deutschland das größte Unglück entstehen könnte. Während im Schlosse noch friedlich parlamentirt, auch noch immer neue Deputationen vorgelassen wurden, wurde das Schloß gesperrt, schweres Geschütz vor der Brücke aufgefahren und Massen von Infanterie und Cavallerie in der Nähe des Schlosses, des Zeughauses und der Cavallerie-Caserne aufgestellt. Die Herausforderung hatte endlich den gewünschten Erfolg. Um 4½ Uhr hatte zuerst das Militär auf's Volk geschossen; aber das Volk wollte noch nicht recht anbeißen. Dann schoß das Militär auf die Communalgarde, und dann noch sogar versuchte eine Deputation des Stadtrathes, den König anders zu stimmen. Vergeblich! In der Nacht floh der König sammt dem neuen Ministerium nach Königstein und erklärte in einer Proclamation vom anderen Tage (also am 4. Mai), er könne, ehe Preußen die Verfassung annehme, Nichts thun. An demselben Tage rückten bereits die schon vorher bestellten Preußen in Dresden ein, um, wie die „Köln. Ztg." damals sagte, Schergendienste zu versehen. Jetzt wurde der Kampf allgemein; am 9. Mai fiel Dresden.

Zu spät erklärte am 10. das Parlament das sächsische Volk im Rechte und das Einrücken der Preußen für einen schweren Bruch des Reichsfriedens. Nun hatte die Reaction in Sachsen freie Hand. Am 12. Mai wurden die ordentlichen Behörden suspendirt und außerordentliche

Digitized by Google

Regierungs-Bevollmächtigte ernannt, welche sofort gegen die Gerichte, Magistrate u. s. w., die sich für die Reichs-Verfassung erklärt, die Untersuchung eröffneten. Gegen 900 Personen wurde die Criminal-Untersuchung eröffnet, und dann wurden am 23. Mai die Schwurgerichte durch einen Machtspruch suspendirt. Man hat behauptet, die Kämpfe für die Reichs-Verfassung seien bloß Vorwände zur Republicanisirung Deutschland's gewesen. In Sachsen waren sie es nicht. Richtiger ist aber, daß der Kampf gegen die Reichs-Verfassung der Vorwand war, um das Volk zu demüthigen und ihm die März-Zugeständnisse wieder abzupressen. Am 14. erfolgte die Zurückberufung der preußischen Abgeordneten aus Frankfurt. Am 15. erschien eine Ansprache des Königs von Preußen an „Sein Volk". Hierin sagte der König, er habe in Verbindung mit den größern deutschen Staaten auf Grundlage der Reichsverfassung eine Verfassung entworfen, welche die Einheit Deutschland's durch Executiv-Gewalt und gemeinsame Vertretung nach Außen und die Freiheit durch Volks-Vertretung mit gesetzgebender Befugniß sichere. „Nur der Wahnsinn", so heißt es dann, „nur der Wahnsinn oder die Lüge kann solchen Thatsachen gegenüber die Behauptung wagen, daß ich die Sache der deutschen Einheit aufgegeben, daß ich meinen früheren Ueberzeugungen und Zusicherungen untreu geworden." Hören Sie: „Nur der Wahnsinn oder die Lüge!" — Vierzehn Tage später erschien der Entwurf; es war die Unions-Verfassung vom 28. Mai, unterschrieben von Preußen, Sachsen und Hannover. Für uns hier ist aber Das das Wichtigste, daß

Digitized by Google

eben dieſes Sachſen und Preußen in den Motiven über das Unions-Schiedsgericht ſich wörtlich dahin äußern (nachdem vorher geſagt, daß der Bundestag ſeine Thätigkeit ſtets nach den Grundſätzen des augenblicklichen Vortheils — Grundſätze, für die man im gewöhnlichen Leben vor das Zucht-Polizeigericht kommt — bemeſſen habe): „Die, welche ſich dieſem Gerichte unterwerfen, bezeugen dadurch, daß ſie die Sicherheit nicht allein in äußerer Ordnung ſuchen, ſondern im tiefen ſittlichen Grunde derſelben, im Rechte. Sie ziehen damit eine ſcharfe Gränze zwiſchen ihrem jetzigen Standpunkte und demjenigen einer früheren Zeit, welche nur jene äußere Ordnung, nur die Unterdrückung der Unruhen dem Bunde zuwies, ohne demſelben zugleich die Mittel zu gewähren und die Pflicht aufzuerlegen, das verletzte Recht auch gegen die Regierungen zu ſchützen. Eben deshalb haben die verbündeten Regierungen aber auch dieſe Prüfung und Entſcheidung des Rechtes nicht ſich ſelbſt vorbehalten, ſondern ſolche einem völlig getrennten und ſelbſtſtändigen Gerichte überweiſen müſſen.“ Sie ſehen, was das ſächſiſche Volk erwarten konnte, war, wenn auch nur eine Abſchlagszahlung, doch immer Etwas: Einheit Deutſchland's nach Außen durch Executiv-Gewalt und gemeinſame Diplomatie, im Innern geſetzgebende Verſammlungen und Schiedsgericht zwiſchen den Regierungen und Stämmen. So viel ſtand wenigſtens feſt, der Bundestag war von der ſächſiſchen Regierung verabſcheut. Den Sommer über dauerten die Conſpirationen in Pillnitz weiter; der Abſolutismus machte ſich im Kleinen wichtig und bemerk-

Digitized by Google

lich, ja, mehr als vor dem März. Während Minister v. Könneritz sich geweigert hatte, den krakauer Dictator Tyssowski auszuliefern, machte sich Hr. Zschinsky ein Vergnügen daraus, Bakunin an das prager Standrecht abzugeben. Man fühlte, daß Alles mehr nach Petersburg und Schönbrunn schmeckte, als nach Freiheit und Einheit Deutschland's. Ende November traten die Kammern zusammen; die Oppositions-Partei war gefallen, eingekerkert oder flüchtig, die Minister fühlten sich sehr sicher. Bald darauf wurde es bekannt, daß trotz der Grundrechte, welche die Todesstrafe abgeschafft hatten, verschiedene Mai-Angeklagte zum Tode verurtheilt wurden. Es erfolgte hierüber eine Interpellation, welche Hr. Zschinsky dahin beantwortete: Als im Januar 1849 die Todesstrafe abgeschafft worden sei, habe sich das nur auf die bis dahin gefällten Todes-Urtheile bezogen, nicht auf die Zukunft. Meine Herren! Das nenne ich doch Anerkennung der Gesetze. Das täglich keckere Auftreten der Minister gegen die eigene Union, die drohenden Hinweisungen auf das östreichische Beobachtungs-Corps in Böhmen veranlaßten endlich zu stärkeren Interpellationen wegen der deutschen Frage. Die preußische Regierung hatte die sächsische geradezu des Wortbruchs angeklagt, drohte mit Gewalt, die Sache schien acut zu werden. Da wurde von einem Bündnisse geschrieben, das in München unter östreichischem Schutze zu Stande gekommen sei, und dem Sachsen beitrete. Der bekannte Herr v. Blittersdorff empfahl in der Frankfurter „Ober-Post-Amts-Zeitung" dieses Bündniß, weil in demselben dem Repräsentativ-

Digitized by Google

Systeme im Sinne des Art. 13 der Bundes-Acte die Spitze abgebrochen werde. Jetzt stieg die Opposition in der Kammer um so mehr, als das Unions-Parlament zusammentrat. Da brachte die „Freimüthige Sachsen-Zeitung" (die N. Preuß. Ztg. in Sachsen) am 30. März einen Artikel, worin es hieß: das Ministerium müsse sich durch eine Anleihe Geld verschaffen, um trotz der Kammern regieren zu können. Hier wird also unzweideutig mit Beseitigung des ganzen parlamentarischen Systems gedroht. Unterdessen verblieb die Regierung in der Union und nahm zugleich Theil an den Vorberathungen zur Wiederherstellung des Bundestages. Es folgte jetzt die große Pause des April's und Mai's, in welcher die ganze reactionäre Politik sich zum letzten Schlage rüstete.

Sie entsinnen sich, daß Ende März das Unions-Parlament zusammengekommen, und daß die Abgeordneten aus Sorge, selbst dieser Unions-Entwurf werde als zu revolutionär ihnen wieder aus den Händen gespielt werden, sich entschlossen, ihn en-bloc anzunehmen. Die Partei Stahl-Gerlach operirte im höheren Auftrage hiergegen, der Verwaltungsrath that sein Möglichstes, daß die En-bloc-Annahme nicht zu Stande käme. Zunächst gab der Rücktritt Hannover's Veranlassung, eine Additional-Akte vorzulegen, aus der klar hervorging, daß die ganze Bundes-Gesetzgebung, so weit sie nicht durch die Unions-Verfassung aufgehoben war, fortbestehen solle. Das Parlament war sofort bereit, diese Additional-Akte auch en-bloc anzunehmen. Da erklärte der Verwaltungsrath, die En-bloc-Annahme könne seitens

Digitized by Google

der Regierung, die doch selbst die Vorschläge gemacht hatte, nur genehmigt werden, wenn die Grundrechte ausfielen. — Man war aber noch gar nicht an der Verfassungs-Arbeit, als v. Radowitz jene berühmte Rede hielt, in der er sagte: „die Unions-Verfassung dürfe Nichts enthalten, was einen Bund mit Oestreich unmöglich mache auf Grund der Bundes-Akte." Das sagte derselbe v. Radowitz, der am 19. Juni 1848, sechs Tage nach der Auflösung des Bundes, erklärt hatte, Deutschland bestehe jetzt nur aus constitutionellen Staaten. — Hr. v. Carlowitz aber ging am 2. April so weit, daß er drohte, wenn die Revision nicht im Sinne der Bundes-Akte geschehe, so protestire Oestreich, die deutschen Könige, England, Frankreich u. s. w. Eine schöne Achtung vor Deutschland's Selbstständigkeit! — Sie sehen, Alles zielte darauf, die Sache in die Länge zu ziehen. Die Abgeordneten merkten, was man vor hatte, und nahmen im Volks- und Staatenhause Alles en-bloc an, wobei man das nie gesehene Schauspiel hatte, daß Manteuffel, Brandenburg und Radowitz gegen ihre eigenen Vorlagen stimmten. So ehrlich meinte man es mit der Union! Das Parlament ging aus einander. Nun folgten die Fürsten-Congresse: 1) in Berlin, 2) in Frankfurt, 3) in Warschau. — Es ist klar, der in Berlin umfaßte die mit der Union hingehaltenen, der in Frankfurt die bundestagsfreundlichen Regierungen, und in Warschau, wo der Prinz v. Preußen den ersten, der Kaiser von Oestreich und Schwarzenberg den anderen Congreß vertraten, wurde vom russischen Kaiser die Parole ausgegeben, wie man sich zu einigen habe. Der Contre-Revolution kam

Digitized by Google

das Sefeloge'sche Attentat drei Tage vor dem warschauer Congreß sehr à propos. Es ist aber keine Maßregel erfolgt, die nicht schon längst vorher beschlossen war. Die Preß-Ordonnanz, wie sie vierzehn Tage später kam, hatte vier Wochen vorher schon in der „Westdeutschen Zeitung" gestanden. Wenige Tage nach dem Attentate beeilten sich die deutschen Regierungen, die warschauer Parole zu erfüllen. Schlag auf Schlag wurden dem constitutionellen Systeme die verhaßten Spitzen abgesprochen. Sachsen, das s. g. Königreich, war wieder in der Avantgarde, wie im Mai v. J.

Nachdem die sächsische Kammer den erschrecklich mageren Knochen von der deutschen Frage hinlänglich benagt, hatte Minister v. Beust die Bemerkung hingeworfen, es werde wohl Nichts übrig bleiben, als die Rückkehr zum alten Bundestage; und nachher verlangte er von der Kammer die Bewilligung zur Anleihe für den Eisenbahnbau. Nun gingen doch auch dem Kurzsichtigsten die Augen auf. Wie man Anleihen für Eisenbahnbauten verwendet, hatte man von einem großen Nachbarstaate gesehen, dazu kam die Erinnerung der „Freim. Sachsen-Ztg.," man müsse sich Geld verschaffen, um einige Zeit *ohne* oder richtiger *trotz* der Kammern zu regieren, und nun gar die Drohung mit dem Bundestag! Am 31. Mai erklärten die Kammern, sie wollten, wenn Geldnoth vorhanden, die Anleihe wohl bewilligen, vorher aber müßten sie die Gewißheit haben, daß sie nicht zum Dank und als Hohn auf alle königlichen Worte und ministeriellen Versprechen dem Bundestage ausgeliefert würden. War der Wunsch

Digitized by Google

zu revolutionär? — Ja, der Contre-Revolution gewiß. Am anderen Tage erfolgte die Auflösung der Kammern. Bereits am 3. Juni wurde die Gesetzgebung vom 15. November 1848 aufgehoben und das vormärzliche Ständewesen, welches auf das Petitionsrecht beschränkt ist, wieder eingeführt. Damit aber auch nicht der geringste Zweifel über den Charakter des Gewaltstreiches bleibe, wurde Vereins- und Preßfreiheit vernichtet, ein Preßgesetz octroyirt, gegen welches sich sogar der vormärzliche Minister v. Könneritz ausgesprochen, die aufgehobene Todesstrafe vom 5. Juni an wieder hergestellt. M. H.! Solchen Anfang, solchen Verlauf und solches Ende hat die sächsische Constitution und die Hoffnung des sächsischen Volkes auf deutsche Einheit genommen. M. H., da schrieb ich den incriminirten Artikel, aber nicht bloß diesen, sondern auch den in Nr. 134, die gar nicht von einander getrennt werden können. In Nr. 134 habe ich bewiesen, daß diese „Ereignisse" nur ein Bruchstück aus der Reihe jener Maßregeln sind, welche in Warschau verabredet wurden. Ich bin um so mehr erstaunt, daß das Oeffentl. Minist. Dieses übersehen hat, als doch auch Nr. 134 auf seinen Befehl mit Beschlag belegt ist. Dort heißt es mit Bezug auf die Warschauer Konferenz:

„Darüber sind nun die gutgesinnten deutschen Schaafe außer sich vor Freude; sie jauchzen, der Czar, der große, weise Czar, dieser edle Menschenfreund, dieser Titus des 19. Jahrhunderts, hat sich für Preußen's ächtdeutsche Politik ausgesprochen; „„und Heil sei dem Tag, an dem du uns erschienen,"" schallt's von Memel bis Saarlouis!"

„Dann neues Gejauchze bei allen mitteleuropäischen Schaafen und Schindern. Der Friede zwischen den Schwester-Reichen ist gerettet, die Pastöre predigen über die göttliche Dreieinigkeit, die sich in Rußland, Oestreich und Preußen offenbare, die Friedensfreunde ernennen die drei Dynasten zu ihren Protektoren, und wenn der Jubel der ehrvergessenen Nation das Todesröcheln der standrechtlich Gemordeten, das Stöhnen der zum Spulrade Begnadeten, den Jammer der Geächteten, das Zähneklappern der Hungernden übertönt, dann ist's ja so schön, gerade so schön wie in Polen seit 1832; fragt nur den Sieger von Waghäusel, wie schön es dort ist. Nur noch wenige Wochen wartet und eure kühnsten Wünsche sind erfüllt: Deutschland deckt ein einheitliches Leichentuch, bei dem der Kosak die Ehrenwache verrichtet. Den Dank mag die Geschichte den constitutionellen Liberalgemäßigten abstatten. Portofreie Briefe befördert Joseph Dumont in Köln."

„Die kleinen Knäse sind natürlich überglücklich, denn für ihren gottbegnadeten Hochverrath blüht nun der Waizen. Sachsen, dessen Dynastie sich längst durch Selbstsucht, Hoffahrt, Bornirtheit und Ultramontanismus auszeichnete, dessen Politik seit Jahrhunderten dazu verdammt war, für ihre Kurzsichtigkeit die empfindlichsten Schläge zu erhalten, dessen Perfidie die Gräuelscenen des vorigen Mai's hervorrief, und das seitdem bei der preußischen Standrechtswirthschaft in die Schule gegangen, ist offen in die Reihe der Staaten getreten, die sich politisch bankerott erklärt und zur wortbrüchigen Octroyirungsweisheit

Digitized by Google

ihre Zuflucht genommen haben. Nachdem im November 1848 ein provisorisches Wahlgesetz zu Stande gekommen, nachdem die hieraus hervorgegangenen Kammern aufgelöst, sodann im November v. J. durch die planmäßige Theilnahmlosigkeit der Demokraten neue, viel zahmere, Kammern zusammengetreten, trat die perfide Politik immer schärfer hervor. Dem preußischen Bündnisse war man beigetreten, aber nicht definitiv, und während man offen mit Oestreich conspirirte, nahm man Theil am Verwaltungsrathe und ließ die Kammern lange Debatten über die deutsche Frage spinnen, in der festen Absicht, sich an die Kammerbeschlüsse gar nicht zu kehren. Wohl aber wurden sie um Geld und um eine Eisenbahnanleihe angegangen. Das Verhalten der Regierung erregte endlich den Unwillen des durch Kriegszustand, Kerker und Verbannung niedergehaltenen oder decimirten Volkes. Die Herrn Minister Beust und Zschinsky aber kehrten sich an keine öffentliche Meinung, sie wollten Geld, Geld und Geld. Hr. Beust hatte die Frechheit, der Kammer zu bemerken, es werde wohl Nichts übrig bleiben, als die Rückkehr zum alten Bundestage. Als die Kammern aber erklärten, die Anleihe nicht eher bewilligen zu wollen, als bis v. Beust diese Drohung zurückgenommen, löste man sie in diesen Tagen auf. Das Hoforgan, die „„Freimüthige Sachsenzeitung"" mußte ihnen die Worte: „„Es war ein Skandal mit diesen Leuten"" und „„schamlose Frechheit"" nachwerfen; und heute melden uns schon die Zeitungen, daß die „„rettenden Thaten"" begonnen. Vom 3. Juni datirt ist die

Octroyirung, welche das provisorische Wahlgesetz wieder durch das vormärzliche verdrängt. Die Motive sind zu schön, als daß wir sie nicht wörtlich geben sollten: „„Die Staatsminister haben dem Könige nicht rathen können, die Wahlen noch einmal nach dem provisorischen Gesetze vom 15. Nov. 1848 vornehmen zu lassen. Die nunmehr zweimal gemachte Erfahrung hat den Beweis geliefert, daß es nicht möglich sein wird, auf diesem Wege Kammern zu erlangen, von denen zu erwarten ist, daß sie unsere ungewissen provisorischen Zustände auf eine dem Wohle des Vaterlandes dienliche Weise beenden werden.““

„Die vormärzlichen Abgeordneten sind also einberufen zu einem ordentlichen Landtage. So weit ist die Schamlosigkeit doch noch nirgends getrieben worden. Das will nicht viel mehr sagen, als wenn Preußen im November 1848 den vereinigten Landtag wieder einberufen hätte. Diesen Hohn allen constitutionellen Brauches kann man aber auch nur deutschen constitutionellen Biedermännern gegenüber wagen.“

„Dabei ist man aber nicht stehen geblieben. Man hat ein Preßgesetz und ein Vereinsgesetz octroyirt, und Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht damit zu Grunde gerichtet. Als Ironie klingt es, wenn das Ministerium, nachdem es die Märzerrungenschaften über den Haufen geworfen, den Belagerungszustand aufhebt und eine beschränkte Amnestie der Maiangeklagten erläßt. Jetzt werden die deutschen Schaafe vielleicht einsehen, warum die Kroaten und Slovaken von der einen und die Preußen von der andern Seite gegen das Ländchen gerückt sind.“

Digitized by Google

Hiernach lesen Sie also den Art. in Nr. 135, dessen Anfang schon den Zusammenhang beweist: „Sachsen, das s. g. Königreich, hat sich rascher im Fache der Gewaltstreiche entwickelt, als wir gestern ahnten.“

Ich nehme auch heute noch keine Silbe von Dem zurück, was ich sagte. Es ist ein beispielloser Hochverrath, begangen am sächsischen, so wie am ganzen deutschen Volke, eine That, welche nur bei Menschen möglich ist, die das monarchische Princip als ein Privilegium für den Meineid betrachten, eine That, für welche die Fürsten allerdings keine Strafe in die Codices aufgenommen, deren Verdammungsurtheil bei der Weltgeschichte, die ja das Weltgericht ist, feststeht. Wer hat sich anders über die Sache ausgesprochen? Rechnen Sie das Oeffentl. Ministerium, die „Freimüthige Sachsen-Zeitung“ und die „Kreuzzeitung“ ab. Der conservative Heinr. Brockhaus in Leipzig, der gegen die Mai-Erhebung so eifrig agitirte, hat im Stadtrathe und in der Presse die lebhaftesten Proteste erhoben; es protestirte die Universität, deren Wortführer Prof. Albrecht, einer der Göttinger Sieben und zwei Jahre vorher Vertrauensmann beim Bundestage; es protestirte der Landesbischof; es protestirten die bedeutendsten Juristen.

M. H., wenn der König von Sachsen und seine Minister nicht als Räuber gehandelt haben, so gibt es kein Verbrechen gegen Personen und Eigenthum mehr.

In welchem Zusammenhange dieser sächsische Volksverrath steht, ist erst vor einigen Wochen auf's evidenteste dargethan. Denn Hr. v. Beust hat die Hassenpflug'sche Denkschrift über die „re-

Digitized by Google

bellischen" Constitutionellen in Kurhessen auf Staatskosten drucken und gratis vertheilen lassen; eine Denkschrift, die geradezu predigt, einen Verfassungseid brauche Niemand zu halten, und es sei überhaupt das Unglück eines Verfassungseides, daß er den Beamten eine zu große Selbstständigkeit verleihe. In diese Hassenpflug'sche Staats-Moral laufen die Principien aller Ministerien, die jetzt noch möglich sind, zusammen, und wenn das Oeffentl. Minist. eine Ausnahme weiß, so wird es sie nennen. Sachsen ist Hessen, und Hessen ist Deutschland im Kleinen. Die Ausführung ist nur nach dem Benehmen des Volkes verschieden. In Karlsruhe und Dresden gelang es, durch die Flucht des Fürsten und der Minister eine Emeute zu provociren; in Kassel gelang es, nach den bitteren Erfahrungen dort, nicht. Das ist der ganze Unterschied; das Resultat bleibt dasselbe. Der Bundestag wird auch Hessen beruhigen, ja, derselbe Bundestag, der, als er im Frühjahre 1848 unter dem Fluche der ganzen Nation zusammenzusinken schien, die Schandgesetze von Wien und Karlsbad zurücknahm, die er jetzt wieder zur Geltung bringt, als ob Nichts vorgefallen wäre. Das ist das Ende der glorreichen März-Erhebung, so gehen die Verheißungen der deutschen Landesväter in Erfüllung, und kraft der Wiener Ministerial-Beschlüsse von 1834 ist es mit dem constitutionellen Principe aus. Ich habe diese Beschlüsse hier in der Hand. Die Steuerfrage ist von Bundes wegen aus allen Verfassungen hinaus octroyirt, und das nennt man in Deutschland constitutionelles Regiment! Ja, nach meiner Ansicht war die Union nur eine wohl überlegte Maßregel der

Digitized by Google

Reaction, und ihre Auflösung zeigt, daß ihr Zweck erreicht ist. Ich halte mich an Thatsachen, und Thatsache ist, daß die Union das Mittel gewesen, wodurch die 29 Regierungen, welche die Grundrechte anerkannt hatten, sich derselben, namentlich aber des allgemeinen Stimmrechts, entledigt haben. Wohin Sie auch blicken mögen, überall treffen die contrerevolutionären Maßregeln mit dem Ende der Union zusammen, und Deutschland kann wieder im Schatten der Metternich'schen Politik ruhig schlafen. Ich will Unrecht haben, ich will aller Verbrechen, die der Codex kennt, schuldig sein, wenn das Oeffentl. Minist. mir Eine Regierung nennt, die ihr der Nation verpfändetes Wort eingelöst hat!

Ich mache noch auf die Einstimmigkeit in allen Regierungs-Organen aufmerksam: Die „Neue Preuß. Zeitung" wie der „Oesterr. Corr." nennen die Constitutionellen „Feinde des Königthums," die „Freim. Sachsen-Zeitung" nennt die Constitution einen Scandal; die „Neue Münchn. Zeitung" predigt: „Wenn die Regierung in Hessen die Verfassung verletzt, so haben die Stände doch nicht das Recht, die Steuern zu verweigern." Die „N. Nachr." in München fordern zum Verfassungs-Umsturze auf, und als der sonderbare Conservative Fr. Rohmer in demselben Blatte sich hiergegen verwahrt, wird er polizeilich ausgewiesen. Der „Oesterr. Corr." räth, die hessische Verfassung durch den Thronfolger umzustoßen; und die Frankf. „Ober-Post-Amts-Zeitung" entwickelt folgende Moral: „Die großhessischen Kammern werden so schonend als möglich auftreten und sich so gebärden, daß sie das Vertrauen des Landes erwerben. Dadurch würde das demokratische Ele-

Digitized by Google

ment aber das herrschende werden, mithin müssen die Kammern so bald als möglich aufgelöst werden."

Ja, meine Herren, so ist's und kein Wort nehme ich zurück. Die brutalste Contre-Revolution, die perfideste Restauration ist vollendet in Sachsen, in Deutschland, in Europa. Mit Vertrauensfloskeln hat man angefangen, mit rettenden Thaten fortgefahren, mit Meineid geendet, und mit Pulver und Blei ihm die höhere Weihe verliehen. Jetzt ist es an Ihnen, mit dem Zuchthause die Erinnerung an die Schmach zu bestrafen. Meine Herren, wissen Sie ein Mittel, um dem Elende ein Ende zu machen, wissen Sie Eines, so sagen Sie es nicht, sonst überfällt Sie ein Leibverhaftsbefehl; wissen Sie ein Mittel, dem privilegirten Eidbruch den Stuhl vor die Thür zu setzen, so sagen Sie es nicht, denn sonst kommen Sie auf diese Armesünderbank. Es klingt wie Satyre, wenn jene Partei, nachdem sie dem Volke den letzten Rechtsboden genommen, den, der sich darüber entrüstet, dafür bestrafen will; das heißt Jemanden prügeln und ihm dann Schmerzensgelder abverlangen.

Nun noch ein Wort über die angebliche Majestäts-Beleidigung. Es ist eine alte Geschichte, daß jeder Beamte, wenn man ihm das Unrecht vorhält, das er ausführt, sich entschuldigt, es thue ihm leid, aber er könne nicht anders, es sei ihm so befohlen, im Uebrigen sei er ein freisinniger Patriot. Wenn man diesen Heuchlern aber die gestohlenen patriotischen Lumpen vom Leibe reißt, damit das Volk sie in ihrer Blöße sehe, dann jammern sie, dann gilt es nicht ihnen, dann gilt

Digitized by Google

es dem Hrn. Präsidenten, dem Hrn. Minister, dem Könige. Jeder verweis't auf seinen Vorgesetzten, und daß der beleidiget werde, dürfe er nicht dulden. Freilich ist der König im constitutionellen Staate nicht verantwortlich, aber dann beziehe man auch die Vorwürfe nicht auf ihn, die seiner Regierung gelten, dann lasse man doch auch die Minister da eintreten, wo es gilt, die Kritik auszuhalten. Es wird ein schrecklicher Unfug mit den Processen wegen Majestäts-Beleidigung getrieben. Jede Klage über eine Regierung wird als Majestäts-Beleidigung genommen. Das ist ja gerade das Gegentheil von dem, was das constitutionelle Staatsrecht will, nämlich die Person des Königs in eine Sphäre versetzen, wo ihn kein Vorwurf treffen kann. Statt dessen schieben ihn die Beamten immer vor, so daß der letzte Nimbus schwinden muß. Sage ich, „der König säuft," so ist das allerdings eine Beleidigung, die deshalb schwerer bestraft wird als bei einem Privaten, weil dieser Vorwurf seinen Heiligenschein angreift, weil den persönlichen Durst des Königs kein Minister contrasignirt; wenn ich aber sage: „die Regierung des Königs ist eine verschwenderische, eine Spitzbuben-Regierung," so hat kein Mensch das Recht, das auf des Königs Person zu beziehen, sondern es gilt den Beamten, die für die Regierungshandlungen verantwortlich sind, die man verschwenderisch oder diebisch genannt hat. Wohin führt es, wenn der Minister Jeden, der seine Wirthschaft an den Pranger stellt, mit Majestäts-Processen verfolgt? Die Constitution, die ohnehin durch kein Gesetz über Ministeranklage geschützt ist, wird eine Null. Wenn es keine Mi-

Digitized by Google

nister gäbe, die jeden Verfassungsbruch contrasignirten, wenn es keine Beamten gäbe, die für eine etatsmäßige Stelle jeden Verrath am Volke ausführten, wenn es keine Aristokraten gäbe, welche uns an Rußland verkauften, so könnten die Fürsten noch lange nicht, was sie wollten (das zeigt eben Hessen), so gäbe es aber auch gewiß nicht so viel Hochverraths- und Majestätsbeleidigungs-Processe. Was nun namentlich den König von Preußen anlangt, so ist des Oeffentl. Minist. tiefsinnige Argumentation: „Die Vorwürfe gehen gegen alle Könige, der König von Preußen ist aber ein König, folglich ist er beleidigt.“ Meine Herren, darin steckt 1. eine petitio principii, daß die Vorwürfe nämlich gegen die Personen und nicht gegen die Regierung gerichtet sind; 2. daß sie nicht etwa begründet, sondern unbegründet und deßhalb beleidigend sind; 3. läuft die Argumentation auf Folgendes hinaus: „Wenn ich sage: ,,,,Alle Menschen sind Esel““, so kann der Staatsprocurator sagen: Ich bin ein Mensch, folglich bin ich beleidigt.“ Sie sehen die Absurdität ein, und ich muß gestehen, ich begreife das Oeffentl. Minist. nicht, wie es gegen die criminalistische Regel verstoßen kann, wonach weder Collectiv-Begriffe ein Verbrechen begehen noch ein Unrecht erleiden können. Eine solche Argumentation würde es bei einem Juristen-Gerichte wohl unterwegens lassen.

Es ist erfreulich, daß das Oeffentl. Minist. sich über die „Unterknäse“ so entrüstet. Ich theile diese Entrüstung, aber mit solchen Criminal-Proceduren ändert man das traurige Verhältniß der deutschen Zustände dem russischen Einflusse gegenüber nicht.

Digitized by Google

Sie sind so bekannt, daß sie sprüchwörtlich geworden sind; und mit Recht. Denn der berüchtigte Metternich hat für baares Geld die russische Politik im Bundestage aufrecht erhalten, und kein deutscher Fürst hat sich gegen diese Unwürdigkeit gestemmt. Ueberall müssen russische Heirathen den verderblichen Einfluß eröffnen. Wer ist es anders, der als Grundgesetz der Politik aufstellte: „Le système représentatif c'est une infamie", als der Kaiser von Rußland? — Nachdem die Sereschaner Wien geplündert, schrieb Nikolaus an deren Häuptling Jellachich: „General! Ihre edlen Anstrengungen, um die Prinzipien der gesellschaftlichen Ordnung von einem Schiffbruche zu retten, haben Ihnen gerechte Ansprüche auf meine Achtung erworben." Das sind des Czaren Ideale, und diese Ideale werden von deutschen Aristokraten und Staatsanwälten acceptirt. Es ist zu schön! Wer hat die Oestreicher aus dem Parlamente zurückgerufen? Wer hat dem Könige von Preußen die Annahme der Kaiserkrone verboten? wer die Auflösung der Union befohlen? Rußland! Als in diesem Frühjahre die Restauration des Bundestags begann, da erklärte Fürst Gortschakoff, er könne als russischer Gesandter den Bundestag nicht anerkennen, wenn nicht 1. der dänische Gesandte als Vertreter von Holstein zugelassen, 2. der Friede mit Dänemark ratificirt und vollstreckt werde, d. h. wenn der Bund selbst die deutsche Erhebung in Schleswig-Holstein niederschlage. Der deutsche Bund hat dem Russen willfahrt; er hat dasselbe Schleswig-Holstein, dessen Rechte er 1846 vorbehielt, 1848 aber durch Genehmigung des Krieges anerkannte, Preis gegeben. Jetzt kreuzen russi-

Digitized by Google

sche Schiffe in der Ostsee, während die deutsche Flotte, die Morgengabe der auferstandenen Natior, im süßen Wasser verfault. Kaum hatte der Russe in Frankfurt seinen Willen, so langte auch am 28. März dieses Jahres in Berlin eine petersburger Note an, welche die Fortsetzung der parlamentarischen Union und jedes Abweichen von den Verträgen von 1815 untersagte. Sie wissen, auch der Befehl ist vollstreckt, und jetzt sind der Graf Brandenburg und der Kaiser von Oestreich in Warschau, um zu hören, wie mit Hessen verfahren werden soll. Wer noch irgend zweifelt, daß nicht etwa in diplomatischen Verhandlungen, sondern in Befehlen der russische Einfluß sich äußert, der lese die „Deutsche Reform", das Blatt des Ministeriums, vom 3. Mai, wo es heißt: „Die preußischen Officiere werden, im Falle es zu Feindseligkeiten kommt, nicht bleiben," (nämlich in Schleswig-Holstein), „Rußland dürfte dagegen entschieden für Dänemark auftreten. Es scheint, daß man sich an den Obersten v. d. Tann in München wenden will, aber man bezweifelt sehr, daß die dortige Regierung gegen petersburger Einfluß ihre Officiere hergehen läßt." Dieselbe „Deutsche Reform", die, so oft, wie eine reactionäre Maßregel im Anzuge ist, von russischen Truppenmärschen und Noten zu erzählen weiß, ging bald darauf so weit, daß sie bedauerte, Preußen könne nichts mehr für die Herzogthümer thun, es müsse den Frieden schließen, Rußland habe eine peremptorische Note geschickt. Da erklärte der russische Gesandte, Baron v. Meyendorff, es sei an dieser Note kein wahres Wort, Preußen habe freiwillig den Frieden geschlossen.

Digitized by Google

Ich kann noch mehr Beweise geben, wie freiwillig deutsche Minister den russischen Speichel lecken. Während des erfurter Parlaments erschien eine Schrift: „Erfurter Gedenkblätter", in welcher der constitutionellen Partei mit „einem Walde östreichischer und russischer Bayonnette" gedroht wurde, wenn sie die Bundes-Acte verletzte, — also in einer rein deutschen Sache. Man hielt Meyendorff für den Verfasser; es ermittelte sich aber, daß Professor Huber in Berlin, der mit der Partei Stahl-Gerlach-Bismarck-Schönhausen und dem Ministerium eng verbunden, der Autor ist. Kein reactionäres Organ hat es unterlassen, auf dieses saubere Schriftchen als einen „bemerkenswerthen Fingerzeig" hinzuweisen. Am 29. Mai bringt „Fädrelandet" — die kopenhagener Zeitung, die sehr gute Quellen in Petersburg hat — die Nachricht, der Prinz von Preußen sei deßhalb in Petersburg, um Preußen's Verhalten in der schleswig-holsteinischen Sache zu rechtfertigen, eine Nachricht, die übrigens auch in der „Köln. Ztg." stand. Ich breche hiervon ab, ist es doch so weit gekommen, daß selbst die „Köln. Ztg." sagt, deutsches Recht und Gesetz müßten bei russischen Diplomaten betteln gehen, wie König Lear bei seinen unnatürlichen Töchtern. — Wenn ich auch sonst kein Sylbenstecher bin, so muß ich doch bemerken, daß das Wort „Unterknäse" nur auf die kleinen Fürsten im Gegensatze zu Oestreich und Preußen bezogen wird. Den Ausdruck Knäs für deutsche Fürsten haben russische Soldaten aufgebracht, nach deren Anschauung der Czar der Oberknäs und der König von Preußen ein Knäs ist, die kleinen Fürsten aber die Unter-

Digitized by Google

knäse sind. Diese Terminologie ist in der „Westdeutschen Zeitung" überall festgehalten, und es ist kein Fall nachzuweisen, wo der König von Preußen in letzter Rangordnung genannt ist.

Ich habe lange gesprochen, vielleicht zu lange; aber wenn man an das Elend des deutschen Volkes denkt, dann kann man nicht aufhören, zu reden. Was meine persönliche Ansicht angeht, so glaube ich, Ihnen Nichts verschwiegen zu haben. Ich setze hinzu, daß ich und meine Freunde für eine locale Erhebung oder für eine constitutionelle Verfassungs-Emeute keinen Finger regen. Dies für Jene, die vielleicht meinen könnten, ich hielte doch noch Etwas hinter dem incriminirten Artikel versteckt. In diesem Sinne habe ich stets geschrieben. Hier liegen die Zeitungen. Nehmen Sie z. B. das Programm für 1850. Es heißt dort: „Vor Allem hüte sich der Deutsche vor patriotischen und constitutionellen Putschen, die, wenn sie gelingen, höchstens zum Besten eines Ministerkandidaten ausfallen, die, wenn sie mißlingen, wieder die besten Kräfte der heranwachsenden Generation in den Kerker oder in's Exil führen." Ich habe noch eine Masse solcher Stellen zur Hand, ich verzichte darauf, sie vorzulesen, da das Oeffentl. Ministerium nicht einmal den Versuch gemacht hat, mich einer Inconsequenz zu zeihen. Wo das unbeschränkte Steuer-Bewilligungsrecht nicht einmal anerkannt ist, da redet unsere Partei noch nicht einmal von Freiheit, geschweige denn, daß wir uns activ um das Staatsleben bekümmerten. Wir sind ganz unbetheiligt, und wenn der Vereinigte Landtag restaurirt wird, so sagen wir: „Da habt Ihr's, was wir Euch prophezeit, mit der Gewalt ist keine

Digitized by Google

Vereinbarung möglich, mithin hört entweder die Gewalt auf, oder Ihr kehrt ins Feudalwesen zurück." Die ganze deutsche Politik hat seit 1½ Jahr eine solche Wendung genommen, daß die demokratische Partei jetzt außerhalb derselben steht, und ich glaube, die demokratische Partei hat es bewiesen, daß sie diese ihre Stellung begreift.

Nun noch Ein Wort an Sie, meine Herren Geschwornen, ein höchst persönliches Wort! Ich sagte: „Die Regierung hat es vorgezogen, die Jury scheinbar fortbestehen zu lassen, statt sie abzuschaffen." Meine Herren! Ich kann zu Ihnen persönlich das höchste Vertrauen haben, ich kann Sie für die größten Ehrenmänner halten, die keinem Mitbürger um seiner Ueberzeugung willen ein Haar krümmen, aber zu dem Geschwornen-Gerichte in Preußen kann ich kein Vertrauen mehr haben. Die Regierungen haben den Gemeindevorstehern und Landräthen aufgegeben, bei Aufstellung der Geschwornenlisten die politisch Unzuverlässigen roth anzustreichen. Was das heißen soll, liegt auf der Hand. Wären Sie roth angestrichen, so säßen Sie also nicht da. Sie können Nichts dazu, daß man Ihnen es zumuthet, mich zu verurtheilen, und deshalb gilt es Ihnen auch nicht, wenn ich sage: es ist ein sonderbarer Anblick, Menschen zu sehen, welche die Lorbeern jener berüchtigten Demagogen-Richter nicht schlafen lassen, über deren Werth längst die Geschichte geurtheilt hat.

So tief verfault sind also unsere Zustände, daß die Gerichte zu Partei-Organen gemacht werden sollen, und wir, wir sollen ins Zuchthaus, weil wir solche Zustände verabscheuen! Glauben Sie

Digitized by Google

nicht, als hielte ich eine Verurtheilung für ein Unglück; in Deutschland hat das Zuchthaus aufgehört, zu entehren. Ich weiß, daß, wenn Sie „Schuldig" sagen, das Urtheil ein Recht ist, so gut wie es ein Recht gab, das Strandrecht hieß, und so gut es ein Recht gab und gibt, mit Sclaven zu handeln. Es ist ein furchtbares Zeugniß für unser Vaterland, daß ein Uhland im Greisenalter seinen Posten im Staats-Gerichtshofe niederlegt, weil die Gerechtigkeit keine Herberge mehr hat in Deutschland. Es ist aber schier lächerlich, angeklagt zu sein, die Monarchie in Preußen stürzen zu wollen. Was ist Republik, was Monarchie, was deutscher Bund für ein Land, so elend wie Deutschland! Hört Deutschland noch auf solchen Ruf? Nein! Betrogen, verrathen, demoralisirt und ruinirt, wälzt es sich auf seinem Schmerzenslager und verzweifelt an jeder Zukunft. Die Zukunft, ja, was ist die Zukunft?! so ruft Alles, und von der beschämenden Gegenwart sind alle Augen scheu abgewendet. Ist diese Zukunft kosakisch oder republikanisch? das ist die Frage; für Eins muß sich Jeder bald entscheiden. Ich habe es gethan, darum stehe ich hier angeklagt; entscheiden Sie sich für kosakisch, auch gut. E pur si muove! Ueber meine Person können Sie richten, nicht über meine Sache. Was darüber richtet, steht über uns und der Partei. Das ist die Geschichte. —

Digitized by Google

Die Geschwornen beantworteten nach einer Berathung von wenigen Minuten beide Fragen:

1. Ist der ꝛc. Becker schuldig durch den u. s. w. Artikel die Ehrfurcht u. s. w. verletzt zu haben?
2. Ist der ꝛc. Becker schuldig durch den u. s. w. Artikel öffentlich zum Umsturz u. s. w. aufgefordert zu haben?

mit „**Nein**, der Angeklagte ist **nichtschuldig**."

Druck von J. Greteur, Sohn in Köln.

Digitized by Google

Digitized by Google

Frem

Digitized by Google